

SGV - Partei – Postfach 1609 – 40 641 Meerbusch

Bundespräsidialamt

Herrn Frank Walter Steinmeier
Spreeweg 1

10557 Berlin

12.08.2022

Offener Brief an den Bundespräsidenten

Sehr geehrter Herr Bundespräsident Steinmeier,

der Bundesvorstand der **SGV - Solidarität, Gerechtigkeit, Veränderung** fordert Sie im Namen unserer Mitglieder auf,

Bundeskanzler Olaf Scholz und die Bundesministerinnen und Bundesminister zu ermahnen, sich ihres gegenüber dem deutschen Volk geleisteten Amtseides zu erinnern und sich künftig daran messen zu lassen oder aber geschlossen zurückzutreten.

Die **SGV** setzt sich mit dem Kampf für **Solidarität** und **Gerechtigkeit** durch **Veränderungen** für die Interessen des überwiegenden Teils unserer Bürgerinnen und Bürger in Deutschland ein.

Da unser Schwerpunkt in der Bekämpfung der Armut liegt, können wir es nicht widerspruchslos hinnehmen, dass unser Land und seine Bewohnerinnen und Bewohner von der eigenen Regierung in den sozialen und wirtschaftlichen Ruin getrieben werden.

Wir sehen in der aktuellen Bundespolitik einen eklatanten Verstoß gegen den geleisteten Amtseid:

„Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe.“

Die Regierung setzt derzeit ihre Kraft weder zum Wohle des deutschen Volkes ein, noch mehrt sie dessen Nutzen oder wendet Schaden von ihm ab. Das genaue Gegenteil ist der Fall! Das aktuelle, politische Handeln nützt ausschließlich den USA und fügt unserem Land, seinen Bürgerinnen und Bürgern sowie unserer Wirtschaft unermesslichen Schaden zu, indem sie einen großen Teil der Bevölkerung durch eine von ihnen selbst zu verantwortende Inflation in soziale Not und Armut treibt.

Schluss mit den Sanktionen gegen Russland, welche nicht Putin oder sein Land, sondern unsere Bürgerinnen und Bürger sowie unsere Wirtschaft schwer treffen.

SGV – Partei

Bundesvorstand



Schluss mit der Unterwürfigkeit gegenüber den USA, welche sich „als guter Freund“ in unsere bisher hervorragend funktionierenden Handelsbeziehungen mit Russland eingemischt haben, indem sie Sanktionen und Strafzölle gegen jeden verhängten, der an der Fertigstellung von Nord-Stream 2 mitgearbeitet hat. Seit vielen Jahrzehnten ist Russland für uns ein zuverlässiger, fairer Öl- und Gaslieferant und es besteht mit den zahlreichen Pipelines eine hervorragend ausgebaute Infrastruktur.

Nun soll, völlig unnötig, mit riesigen Summen der Bau von Flüssiggas-Terminals subventioniert und 4 bis 5-mal teureres Flüssiggas sowie schmutziges Fracking-Gas aus den USA importiert werden. Worin besteht da die Mehrung des Nutzens für das deutsche Volk?

Schluss mit den Waffenlieferungen in die Ukraine! Erst beteiligen wir uns finanziell an der Zerstörung des Landes und danach finanzieren wir den Wiederaufbau. Unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger im Ahrtal und in den anderen durch die Flutkatastrophen betroffenen Gebieten, lässt die Regierung dagegen buchstäblich im Regen stehen.

„... meine ganze Kraft zum Wohle des deutschen Volkes ...“

Wo sind die versprochenen Hilfeleistungen „zum Wohle“ der durch die Flutkatastrophen geschädigten Bürger, oder gehören sie nicht zu unserem Volk?

Nach mehr als einem Jahr stehen viele noch immer vor den Trümmern ihrer Existenz und warten auf die ihnen zugesagte finanzielle Unterstützung.

Schluss mit der falschen Solidarität gegenüber der Ukraine und der Manipulation des deutschen Volkes.


Auch wir verurteilen den Krieg in der Ukraine auf das Schärfste, aber an jedem Tag, den der Krieg länger dauert, vergrößert sich auch das Leid der ukrainischen Zivilbevölkerung, sterben unschuldige Menschen und Soldaten – ukrainische und russische Söhne, Männer und Väter. Unzählige Wohnungen, Schulen, Krankenhäuser und andere wichtige Infrastruktur werden in Schutt und Asche gelegt. Wozu das alles? Das Gros der internationalen Militärstrategen sagt klar und deutlich, dass die Ukraine diesen Krieg gegen Russland nicht gewinnen kann! Warum wird dann mit unseren Steuermitteln der Krieg unnötig in die Länge gezogen? Worin liegt darin die Mehrung des Nutzens für das deutsche Volk?

Greifen Sie endlich in diesen Irrsinn ein und rufen die Regierung dazu auf, sich auf ihre mit der Ablegung ihres Amtseides verbundenen Verpflichtungen gegenüber unseren Bürgerinnen und Bürgern zu besinnen oder berufen Sie sie ab und setzen Neuwahlen an.

Gerne sind wir bereit, mit Ihnen in Dialog zu treten

Mit freundlichen Grüßen




Dieter Jakobs
1. Vorsitzender


Hans-Peter Moser
Generalsekretär